



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die österreichischen Wahlen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

an konkretem Material zu bilden und das Votum des Geschmacks abzugeben. Denn auch wir hoffen, daß Semper's Wort Wahrheit behalten werde: „Konvention und Geschmack, das sind die beiden heilsamen Gegengewichte schrankenloser Freiheit in der Kunst.“

E. K.



## Die österreichischen Wahlen.



Die sogenannte liberale Presse in Österreich und einige Gesinnungsgenossen außerhalb sind in großer Aufregung, weil mehrere Wahlbezirke zur Abwechslung einmal nicht einen Juden zu ihrem Vertreter im Reichsrat ernannt haben. Es giebt kaum ein Schmähwort, welches den Wählern nicht angehängt würde. Der fremde Zeitungsleser könnte glauben, daß gewisse Vorstädte Wiens fast nur von Trunkenbolden und unmündigen Knaben bewohnt seien, von denen die letztern merkwürdigerweise im Besitze des aktiven Wahlrechtes sein müßten. Sogar die sonst nur bei den Tschechen beliebte Kornblumendenunziation wird von „deutsch-liberalen“ Blättern nicht verschmäht. Und doch haben jene und noch verschiedene andre Wahlen eine Seite, welche im allgemeinen interessanter und noch besonders geeignet ist, die Journalistik zum Nachdenken anzuregen. Die „Antisemiten“, die „Demokraten“ und die „Jungdeutschen“, welche im nächsten Reichsrate sitzen werden, haben nämlich gar keine oder höchstens solche Blätter zur Verfügung, welche wöchentlich oder in noch längeren Fristen erscheinen, nicht von Inseraten, sondern kümmerlich vom Abonnement der Parteifreunde leben; diese Parteien sind auch nicht in der Lage, große Summen für Wahlagitacionen aufzuwenden. Und dennoch haben sie über Gegner den Sieg davongetragen, welche, häufig in einflußreichen Stellungen, sich der energischen Unterstützung aller weitverbreiteten Zeitungen zu erfreuen hatten. In so vielen Tausenden von Exemplaren wurde täglich dem Wähler die Versicherung erteilt, er könne sich unendlich glücklich schätzen, daß die altbewährten Kämpen, die Säulen des Verfassungslebens, sich noch einmal herbeilassen wollten, ein Mandat zu übernehmen — die Existenz von Gegenkandidaten wurde den meisten Lesern erst durch den Ausgang der Wahlen bekannt. Unmöglich kann die „sechste Großmacht“ verkennen, daß sie es ist, welche die schwerste Niederlage erlitten hat; und wenn sie glaubt, durch Schelten und Verdächtigen aller Menschen von unabhängiger Gesinnung

Grenzboten II. 1885.

80

und durch Selbstberäucherung die Aufmerksamkeit von dieser unangenehmen Thatsache ablenken zu können, so wird sie damit ebensowenig erreichen, wie mit dem Verschweigen aller ihr unangenehmen politischen Persönlichkeiten. Bei einigen Mandatoren der alten Verfassungspartei scheint wohl die Erkenntnis aufzudämmern, daß diese Partei durch nichts so geschädigt worden ist und noch fortwährend geschädigt wird, als durch ihre innige Verbindung mit einer Presse, welche keinen Gott kennt neben dem Kapital, den ihr stets aufs neue entgegengeschleuderten Vorwurf der Korruption mit lächelnder Verachtung straft und jeden Andersdenkenden zu terrorisieren sucht. Wohl mancher fühlt sich in dieser Gemeinschaft so wohl wie Götz von Berlichingen als Bauernhauptmann, traut sich aber nicht die eiserne Faust zu, um jeden großmäuligen Mekler niederzuschlagen. In Wahrheit wäre jedoch nur etwas mehr moralischer Mut vonnöten. Die Kleinbürger der südlichen Vorstädte Wiens haben ihn bewiesen; in aller Stille (was ihnen auch zum Vorwurfe gemacht wird!) hatten sie sich geeinigt, für Männer ihres Vertrauens zu stimmen, und nun lassen sie ruhig die Flut von Schimpfwörtern über sich ergehen. Nicht einmal mehr das Stigma „Antisemit“ fürchten sie, und das hat ausdrücklich die Presse bewirkt.

Dem diese beurteilt den Menschen nur noch nach seiner Stellung zur Judenfrage. Genießt er nicht den Vorzug, wenigstens von Juden abzustammen oder mit Juden verschwägert zu sein, und kann er sich nicht als Philosemit legitimiren, so ist er ein Antisemit, d. h. ein Feind „der Humanität, der Zivilisation, der Freiheit,“ so ist er vogelfrei und muß mit allen Mitteln überall verfolgt werden. Anfangs ließen die Deutschösterreicher, denen in ihrer großen Mehrzahl religiöse Intoleranz gänzlich fernliegt, sich dadurch schrecken. Allein die maßlose Anwendung des Mittels schwächte dessen Wirkung ab, man sah Personen, an deren wahrhaft humaner Denkart nicht zu zweifeln ist, unter die Kezer geworfen, und die Frechheit einer geduldeten Rasse, sich zum Richter über die Mehrheit aufzuwerfen und Urteile ausschließlich von ihrem Rassenstandpunkte aus zu fällen, reizte nach und nach auch die Langmütigen. Der ausgesprochne Antisemitismus ist jetzt allerdings sehr im Wachsen in allen Schichten der Bevölkerung, ohne Hinzurechnung aller jener, welche mindestens nicht die Leitung aller allgemeinen Angelegenheiten in jüdischen Händen wissen möchten. Übrigens ist auch jetzt, nachdem es einige Mandate eingebüßt hat, das jüdische Element im Reichsrat weit über das entsprechende Prozent der Bevölkerung vertreten; Wien allein stellt zwei jüdische Abgeordnete, von welchen einer zwar plötzlich entdeckt hat, er sei ein Landpfarrerssohn; mehrere kommen aus den sogenannten Vororten. Dagegen wird nunmehr Herr von Schönnerer an der Spitze einer kleinen Gruppe stehen.

Ob dieser Gruppe sich die „Demokraten“ anschließen werden, ist mehr als zweifelhaft. Sie nehmen einen ähnlichen Standpunkt ein wie die deutsche „Volkspartei,“ haben kosmopolitische Neigungen und zeichnen sich, soweit sie

bisher in die Öffentlichkeit hervorgetreten sind, nicht eben durch Klarheit der Anschauungen aus. Sie werden daher von den Altliberalen kaum gefürchtet; umso mehr die „Sungdeutschen,“ da diese wahrscheinlich Anziehungskraft auf manche Abgeordnete ausüben werden, welche bisher ziemlich widerwillig der Fahne der „Bereinigten Linken“ gefolgt sind. Fast dieselbe Erscheinung haben wir bereits einmal erlebt. Um das Jahr 1870 sagte sich eine Schaar jüngerer Abgeordneten von der Linken los, weil diese ihnen nicht entschieden genug deutsch und zu sehr mit den Geldmächten „verhandelt“ war. Die Presse der Mehrheit beehrte diese „Sungen“ mit dem kräftigsten Hasse, umso mehr, als sie es wagten, ein eignes Blatt, die „Deutsche Zeitung,“ zu gründen, die namentlich auch in wirtschaftlichen Fragen unabhängig sein sollte und das wirklich längere Zeit hindurch gewesen ist. Während des Hohenwartschen Regiments wurden die Verwehnten zu Gnaden angenommen, man konnte ihre frischen Kräfte und ihre resolute Opposition gut verwenden. Zwei Böhmen, die sich nicht kaptiviren lassen wollten, wurden aus dem Reichsrate verdrängt. Von diesen hat einer, Pickert in Leitmeritz, jetzt Genugthuung genommen, indem er den Gewaltherrscher, den „greifen Führer der Deutschböhmern,“ Geheimrat Herbst, aus dem Sattel gehoben hat. Mit ihm kehrt Dr. Knok zurück, dessen leidenschaftlicher Protest gegen die Unterdrückung der Deutschen in Böhmen so großes Aufsehen gemacht hat, und ihnen werden sich zunächst verschiedene Neue aus Böhmen, Niederösterreich, Steiermark anschließen. Sie bilden die Partei der „schärfern Tonart,“ die Partei, welche das Deutschtum ohne diplomatische Rücksichten ebenso geltend machen will wie die verschiedenen Slawen ihr Slawentum. Sie werden also ungefähr zu den Altliberalen stehen wie die Sungtschechen zu den Alttschechen. Die Blätter der alten Verfassungspartei greifen sie mit großer Erbitterung an, vorgeblich nur im Interesse der Einheit und der Regierungsfähigkeit der Deutschen. Sie haben indessen noch einen andern Grund. Das Zentrum der Deutschen bildet nämlich der „Deutsche Verein“ in Wien, und dieser hat den guten Gedanken gehabt, ein „Politisches Wörterbuch für die Deutschen in Österreich“ (Wien, Picklers Verlag) herauszugeben, in welchem über alle Fragen und Schlagwörter des politischen Lebens in Österreich kurz, sachlich, verständlich und verständig Auskunft erteilt wird. Da findet sich denn unter dem Schlagwort „Presse“ ein (abgesehen von der zu glimpflichen Behandlung der „Deutschen Zeitung“) leider sehr treues Bild dieser Zustände; unverhohlen wird einmal dem Leser gesagt, wessen Eigentum die „unabhängigen“ Zeitungen sind und welche Interessen sie vertreten. Kann man es diesen verargen, wenn ihnen der Gedanke, daß so gefährliche Menschen im künftigen Reichsrate sitzen, wohl gar eine nicht totzuschweigende Fraktion bilden werden, unerträglich ist? Zu alledem lastete noch auf ihnen die Sorge, daß es Herrn Wienbacher gelingen könne, eine deutschkonservative Partei zu bilden, wovor ihnen augenscheinlich noch mehr graut als vor dem künftigen „Deutschen Klub.“ Der ge-

meine Menschenverstand hat niemals begriffen, weshalb die Partei, welche gezwungen ist für ihre Nationalität zu kämpfen, und welche auf konstitutionellem Wege an das Staatsruder gelangen möchte, Stammesgenossen, die ebenso für die Nationalität eintreten und deren Unterstützung allein ihr wieder zur Mehrheit verhelfen könnte, förmlich mit den Füßen von sich stoßen müsse, weil jene Nachbarn in Fragen, welche mit dem Deutschtum nichts zu thun haben, sich zu andern Ansichten bekennen als die Linke; und in Böhmen wurde auch zum Teil für das Zusammengehen aller Deutschen ohne Rücksicht auf die Konfession und den Grad der Gläubigkeit agitirt. Aber gegen solche Bestrebungen schäumte förmlich die tonangebende Journalistik; denn das Deutschtum ist nur Aushängeschild, in Wahrheit führt man die Geschäfte einer ganz andern Nationalität, welche von den Konservativen nichts Gutes für sich erwartet. Lieber soll der absolut aussichtslose Kampf fortgesetzt werden; die Partei, welche eine nicht unerhebliche Anzahl von Sigen theils an die slawisch-feudal-klerikale Mehrheit, theils an mehr links stehende Parteien verloren hat, soll eigensinnig auf ihrem Programm bestehen, bis — was eintritt? Bis die Regierung sich mit der Majorität überwirft, bis Graf Taaffe müde wird, bis der Kaiser sich zu einem kleinen Staatsstreich herbeiläßt, ein Ministerium aus der Minderheit wählt und demselben alle Befugnisse erteilt, eine künstliche Majorität für sich herzustellen! Auf was die Herren sonst warten, ist nicht abzusehen. Vorläufig trösten sie sich mit dem Gedanken, daß die Regierungspartei die Zweidrittelmehrheit nicht erlangt hat, also Verfassungsgesetze nicht ändern kann, und mit der Hoffnung auf Zwistigkeiten innerhalb jener Partei, eine Hoffnung, welche sie noch jedesmal im Stiche gelassen hat.

Vielleicht kommt mit dem neuen Blute auch mehr politischer Verstand in die Versammlung. Auf jeden Fall hat die Diktatur der erbgeessenen Mandatsinhaber und ihrer journalistischen Verbündeten, welche unter Einigkeit willenslose Unterwerfung unter ihr Gebot verstehen, einen Stoß erlitten, und das ist immerhin ein Erfolg.

